Nummer 450

Mit Kurszettel **Berliner Börsen-Zeitung** Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Politischer Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: P. Köppen, Berlin-Friedenau.

Verantwortlich für den Inseratenteil: L. V. Direktor A. Lorey, Berlin W 8. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe . 20 Pfennig. 72. Jahrgang Montag, 27. September 1926

Die Ernüchterung nach Genf und Thoiry.

Wir stellen heute hier die Reden einiger hervorragender aktiver Politiker zusammen: Poincarés, Herzts, Hülzs und eine Auslassung Stresemanns. Wer sie aufmerksam und vorurteilsfrei liest, wird finden, daß die moralische Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland nicht die Fortschritte gemacht hat, die bestissene Stimmen der Linkspresse und der Politiken in beiden Ländern besonders nach Genf und Thoiry als eine unbestreitbare Tatsache hingestellt haben. Bei uns haben Stresemann und jetzt auch Külz erklärt, daß mit der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund die Lüge von der deutschen Schuld am Kriege in der Versenkung verschwunden sei. Poincaré hat sich beeilt, als seine und der Franzosen Ansicht das genaue Gegenteil festzustellen und daraus alle Konsequenzen für die Aufrechterhaltung des Versailler Vertrags zu ziehen.

Wir sind dadurch nicht überrascht, sondern begrüßen die Aufklärung, daß es sich zwischen Frankreich und Deutschland, wie wir stets behauptet haben, unverändert um reine brutale Zweckmäßigkeitsgeschäfte handelt. Das ist das Gesündeste. Unser Volk wird politisch erst zu einem richtigen Urteil kommen, wenn es begreift, daß die rosenrote Versöhnungsstimmung von den daran interessierten Parteien, auf beiden Seiten, vor allem aus innenpolitischen Gründen gepflegt wird, ohne daß sie außenpolitisch die notwendige entsprechende Grundlage hätte.

Es wäre also nach der gestrigen Rede Poincarés geradezu töricht, wenn irgendwer leugnen wollte, daß die Kriegsschuldlüge nach wie vor zwischen dem deutschen und dem französischen Volk steht.

Auch der Reichsinnenminister Dr. Külz wird das nicht wegdisputieren können.

Sonst scheint uns seine gestrige Rede durchaus zu den Gedankengängen zu passen, die wir hier am vorigen Mittwoch in unseren Darlegungen zum Stand der Regierungsfrage ausgesprochen haben. In allen praktischen Punkten besteht in der Rede des Herrn Dr. Külz und des deutschnationalen Führers Hergt kein unüberbrückbarer Gegensatz. Die Ausgangspunkte, von denen aus beide Politiker zu ähnlichen Forderungen kommen, sind nach wie vor verschieden. Aber es glaubt ja doch keine Partei der anderen, daß nur sie den Stein der Weisen hat, und deshalb wollen wir über diese Sache der Sache nichts Kritisches weiter sagen, da es uns augenblicklich nicht das Notwendigste für die Klärung der innerpolitischen Lage zu sein scheint.

Je mehr die Möglichkeiten der Politik Briand-Stresemann auf ihren realen Wert zurückgeführt werden, um so leichter wird sich jedenfalls das Zusammenarbeiten derjenigen Parteien herbeiführen lassen und gestalten, die wirklich nationale Politik in realistischem Sinne machen und nicht dem Internationalismus zum Siege verhelfen wollen.

Dr. O.

Poincaré über die „deutsche Kriegsschuld."

Eine Korrektur „Briandscher Sentimentalitäten". Der ungünstige Eindruck in Berlin.

TU Paris, 26. September.

Poincaré hat heute auf der Schlußtagung der Nationalunion der französischen Kriegsbeschädigten in St. Germain eine Ansprache gehalten. Er versicherte den Kriegsbeschädigten, daß ihre Wünsche und Beschwerden auf das sorgfältigste geprüft würden. Wenn es auch die Finanzlage der Regierung nicht erlaube, für den Augenblick alle Forderungen zu erfüllen, so könnten die Kriegsbeschädigten doch überzeugt sein, daß die Regierung ihre Verpflichtungen ihnen gegenüber nicht vergessen werde. Die Kriegsbeschädigten hätten das Volk gerettet, ein Verstoß gegen sie wäre trauriger Verrat. Die Pflicht jeder Regierung sei es, an sie so häufig als möglich zur Zusammenarbeit zu appellieren. Wertvoll für den Wiederaufbau sei der Geist, der die Kriegsbeschädigten beseele. Er sei eines der wertvollsten Güter, das Antriebsmittel. Die Empfindungen der Kriegsbeschädigten seien weder kriegerisch noch angriffslustig. Die Kriegsbeschädigten könnten ebensogut Diener des Friedens sein. Aber der Frieden sei kein Grund für sie, auf ihren Ruhm zu verzichten.

In der Stunde, wo die Reiche Mitteleuropas Unheil ohne Beispiel über die Welt gebracht hätten, sei es ihnen nicht in den Sinn gekommen, alle Deutschen ohne Unterschied für diesen Angriff verantwortlich zu machen. Ebensowenig hätten sie allen Offizieren und Soldaten der feindlichen Armeen die Barbareien vorgeworfen, die sie in den überfallenen Dörfern begangen hätten. (!) Die Kriegsbeschädigten könnten jedoch nicht vergessen, daß Frankreich der Krieg erklärt worden sei, daß er sich auf französischem Boden abspielte infolge der Verletzung eines neutralen Staates und daß der Krieg durch die Befehle des kaiserlichen Generalstabes mit unerbittlicher Grausamkeit geführt worden sei. (!) Poincaré fuhr wörtlich fort: „Ich, meine Freunde, wenn das Deutschland von heute offen gewisse Methoden des ehemaligen Deutschlands verurteilen würde, um wieviel leichter wäre es Euch dann, die Augen von Euren Narben abzulenken und die Hände den Urhebern Eurer Wunden zu reichen. Wir wünschen nur die Ruhe Europas, die Sicherheit unserer Grenzen, die Unabhängigkeit unserer diplomatischen Tätigkeit und die Sicherheit europäischer Arbeit.

(Pariser Pressestimmen siehe Seite 2.)

Ein englisches Urteil.

London, 27. September.

„Westminster Gazette" sagt in einem Leitartikel zu Poincarés Ausführungen über die deutsch-französischen Beziehungen u. a.: Erörterungen über die Kriegsschuld erhalten immer mehr akademischen Charakter, und da Dr. Stresemann die Bedeutung, die seinem jüngsten halb privaten Hinweis auf diesen Gegenstand beigemessen wurde, für verfehlt erklärt hat, so hatte Poincaré seinen Vorwand für eine chauvinistische Rede. Bei erster flüchtiger Kenntnisnahme der gestern gehaltenen Rede erhält man den Eindruck, daß der alte Adam noch nicht ausgetrieben ist, aber die wesentliche Tatsache ist, daß Poincaré mit den von Briand in letzter Zeit geführten Besprechungen nicht disharmoniert, und das ist ein Zeichen des Fortschritts.

Stresemann über die Annäherungspolitik.

Eine Unterredung mit Sauerwein.

TU Paris, 27. September.

Der „Matin" veröffentlicht eine Unterredung Sauerweins mit Dr. Stresemann über die Annäherungsfrage. Dr. Stresemann erklärte, es sei natürlich, daß die technischen Sachverständigen in beiden Ländern genügend Einwände finden würden, aber man dürfe nicht vergessen, wo ein Wille sei, da sei auch ein Weg. Fest stehe die Tatsache, daß Briand und er über die Möglichkeit der Annäherung übereinstimmten, obwohl beide keine schlechten Patrioten seien. Die Zukunft Europas erscheine ihnen düster, wenn beide Nationen sich weiter verdächtigten, sie sei hell und klar, wenn beide Nationen sich verständigten. Die Wiedervereinigung werde um so wirksamer sein, wenn sie die Mitwirkung von Mächten wie Belgien, England und Italien finde. Durch die sich ergänzenden Rohstoffquellen und durch ihre Rohstoffwirtschaft würden Deutschland und Frankreich auf eine Annäherung hingewiesen. Zur Vorbereitung des zukünftigen Abkommens seien gegenseitige Konzessionen nötig. Die Pressediskussionen über die finanziellen Fragen könnten leicht von den großen politischen Ideen ablenken. Das große Ereignis der letzten Jahre sei, daß der Haß und die Leidenschaften des Krieges sich abgeschwächt hätten, um einem gegenseitigen Verständnis und der Hoffnung auf eine künftige Zusammenarbeit Platz zu machen. Frankreich müsse auf die Rechte verzichten, die es aus dem Versailler Vertrage habe, Deutschland dagegen auf gewisse Vorrechte, die die Verträge ihm zusicherten. Er glaube nicht, daß die Opfer von beiden Seiten sehr groß seien, wenn man sie im Lichte der Zukunft betrachte. Glaube Frankreich wirklich, daß nach der Atmosphäre, die in Genf geschaffen wurde und nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund die Besetzung des Rheinlandes fortgesetzt werden könne, ohne auf moralische Unmöglichkeiten zu stoßen? Wenn Deutschland seinerseits durch Uebertragung von Geld Frankreich helfen könne, sei es nicht natürlich, daß es dies in der Absicht tue, sich mit Frankreich auf allen Gebieten zu verständigen? Briand habe nach der Unterredung von Thoiry in wahrhaft freundschaftlichen Ausdrücken mit ihm gesprochen, und er glaube, daß er dieses Vertrauen niemals getäuscht habe. Er könne nicht beurteilen, wie weit die französische öffentliche Meinung für die Politik der Annäherung gewonnen sei. In Deutschland habe sie jedenfalls viel Boden gewonnen. Die rheinisch-westfälischen Industriellen, die man in Frankreich gern als Vertreter des Nationalismus betrachte, seien Pioniere auf diesem Wege gewesen, und er könne erklären, daß die Regierung, wenn sie eine Politik der gegenseitigen Unterstützung der beiden Länder verfolge, hierbei auf die fast einstimmige Zustimmung des deutschen Volkes rechnen könne. Auch in Frankreich sei das Kabinett, das durch die Kongruenzen der Parteien gebildet worden sei, stark genug, um die gleiche Unterstützung der öffentlichen Meinung zu erhalten. Er hoffe, daß der eingeschlagene Weg zu einem Erfolg führ.

Das deutschnationale Programm nach Genf

TU Hof, 25. September.

Auf dem Landesparteitag der Deutschnationalen Volkspartei in Bayern, der am Sonnabend in Hof zusammentrat, hielt u. a. auch Staatsminister a. D. Reichstagsabgeordneter Hergt als Hauptredner eine programmatische Rede, in der er sich besonders mit der Völkerbundstagung in Genf beschäftigte. Er erkannte dabei an, daß Stresemann eine kluge und packende Eintrittsrede gehalten habe, wies aber darauf hin, daß die Behauptung Stresemanns von einem Erfolg in Genf durchaus nicht zutreffe. Die Gleichberechtigung, die angeblich in Genf erzielt worden sei, bedeute für Deutschland nur ein Vegetieren unter fremder Kontrolle. Die Militärkontrolle besteht weiter und werde in Zukunft auf Kosten der vaterländischen Verbände erst recht bestehen. Diese Verbände aber seien eine Notwendigkeit für ein wiedererstehendes Volk. Das pazifistische Reichsbanner könne niemals eine Jugend bringen, wie sie zum Wiederaufbau notwendig sei. Briand habe von einer endgültigen Verständigung mit Deutschland gesprochen. Frankreich besitze alles, was es brauche, um Deutschland niederzuhalten. Deutschland in völliger Ohnmacht — so wolle Frankreich Frieden mit Deutschland schließen. Das deutsche Volk aber müsse gewckt werden, um zu begreifen, was von solchen Friedensstimmen in Wirklichkeit zu erwarten und zu halten sei. Die „Gesamtlösung", die Stresemann bringen wolle, hätten die Deutschnationalen von Anfang an verlangt, aber nicht eine Gesamtlösung auf solcher Basis, wie sie Stresemann im Auge habe, sondern eine, in der die Gesamtheit aller schwebenden Fragen zusammengefaßt sei. Man tue so, als ob wir heute alles mit Geld abmachen könnten, aber wie könne auf der einen Seite eine Revision des Dawes-Paktes verlangt werden und auf der anderen Seite mit vollen Geldsäcken aufgewartet werden? Wenn erst einmal die Obligationen hinausgingen in die Welt und in einzelne Hände gelangten, dann seien wir Schuldner der ganzen Welt. Diese Kritik, so betonte der Redner weiter, dürfte aber nicht zum Selbstzweck werden. Sie müsse ein Ende haben, wenn gegebene Tatsachen geschaffen seien. Das sei jetzt der Fall. Den gegebenen Tatsachen entsprechend, so erklärte Hergt mit besonderer Betonung, müßten wir uns allmählich einzustellen versuchen, aber unter steter Hochhaltung aller jener Ziele, die die Deutschnationalen von jeher erstrebt hätten. **Ein Pakt mit dem Auslande sei nicht grundsätzlich abzulehnen; die Deutschnationalen seien durchaus bereit, eine friedliche Verständigung mitzumachen, aber unter der Bedingung, daß die deutschen Lebensinteressen erhalten, daß die deutsche Würde gewahrt bleibe. Die Deutschnationalen erklärten sich nicht nur zur positiven Mitarbeit an den Regierungsgeschäften bereit, sondern sie verlangten sogar mit vollem Recht diese Mitarbeit. Sie machten den anderen Parteien keine Angebote, sie erklärten sich nur bereit, überall dort mitzuarbeiten, wo ihre großen Ziele im Auge behalten würden.** Die Deutschnationalen wollten **im Sinne der Vorschläge Gayl-Jarres mitarbeiten an der großen Gemeinschaft der wirklich staatserhaltenden Parteien.**

Der Redner sprach am Schlusse die Ueberzeugung aus, daß die Zeit kommen werde, wo die Verhältnisse reif sein würden, wo man ohne die Deutschnationalen nicht mehr regieren könne.

Als weiterer Redner sprach der Führer des Deutschnationalen Arbeiterbundes, Wilhelm Lindner, Mitglied des Preußischen Landtags.

TU Hof, 26. September.

Der Landesparteitag der Deutschnationalen Volkspartei in Bayern nahm heute folgende Entschließungen:

„Der Parteitag steht in geschlossener Einmütigkeit hinter den programmatischen Ausführungen des Grafen Westarp in Köln und hinter der machtvollen Vertrauenskundgebung von Köln, die dem Parteivorsitzenden bei den politischen Entscheidungen der nächsten Zeit freie Hand gibt."

Im Verlaufe der Tagung sprach heute der bayerische Parteiführer, Abgeordneter Dr. Hilpert über

die bayerische Politik,

wobei er die Unmöglichkeit unterstrich, in Bayern eine Aenderung der Koalitionspolitik eintreten zu lassen, gleichgültig ob mit oder ohne Auflösung des Landtages. Der Redner richtete scharfe Vorwürfe gegen das Reich, weil es in der Frage des Finanzausgleichs und auch in anderen Punkten seine Verpflichtungen gegenüber Bayern nicht eingehalten habe. Zur Reichspolitik übergehend, kritisierte Dr. Hilpert die angeblichen Erfolge Dr. Stresemanns in Genf und erklärte, gerade weil hinter dem Geheimnis von Thoiry nichts stehe als eine neue Gefahr für das deutsche Volk, müßten jetzt die Deutschnationalen in die Regierung hinein. Die Deutschnationalen leugneten, daß der beschrittene Weg der rechte war, nicht aber leugneten sie daß dieser Weg zu einem geschichtlichen Ereignis geführt habe, und daß eine abgeschlossene Periode hinter uns liege.

In der Aussprache befaßte sich auch der bayerische Justizminister Guerner mit den Ergebnissen der deutschen Außenpolitik und betonte, man dürfe hier das Augenmerk nicht so sehr auf Programmpunkte richten, sondern müsse die Sorge für die Richtung der Politik der Persönlichkeit des Führers überlassen. In diesem Sinne wurde die oben genannte Entschließung angenommen.

Dr. Külz über die politische Lage.

Außerordentlicher Landesparteitag der Deutschen Demokratischen Partei Sachsens

Dresden, 26. September.

Heute vormittag wurde im Plenarsaal des Landtagsgebäudes der außerordentliche Landesparteitag der Deutschen Demokratischen Partei Sachsens eröffnet. Zum Vorsitzenden wurde Reichsminister des Innern Dr. Külz gewählt, der eine Rede hielt, in der er sich zunächst ausführlich über die außenpolitische Lage verbreitete. Die Art der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund sei ein schlagender Beweis von der Richtigkeit der Außenpolitik, die durch Verständigung mit den Feinden von gestern den Weg zur Freiheit zu gewinnen suchte. Ohne eine solche Politik ständen wir auch heute noch dicht bei Versailles und nicht in Genf. Der Weg sei dornenvoll gewesen und auf ihm liegen die Gräber von Erzberger und Rathenau. Das deutsche Volk habe allen Anlaß, den Männern und den politischen Parteien zu danken, die eine solche Befreiungspolitik zu einer Zeit eingeleitet haben, als dies noch in weiten Kreisen als Landesverrat gebrandmarkt wurde. Mit der Wiedereinreihung Deutschlands in die Mächtekonstellation der Welt und mit der Anerkennung der Deutschen Republik als Großmacht sei zunächst einmal ein ungeheurer moralischer Erfolg erreicht, dessen Bedeutung auch nicht geringer darin liege, daß die Behauptung von der Alleinschuld Deutschlands am Kriege nicht durch Deklarationen und Deklamationen, sondern durch die Wucht der neuen historischen Tatsachen endgültig in die Versenkung verschwunden sei, in die alle trübe Erinnerungen an kriegspsychologische Verirrungen hoffentlich recht bald nach andere Ueberbleibsel des „Geistes von Versailles" mit verschwinden würden. Der moralische Erfolg müsse selbstverständlich von realpolitischen Auswirkungen gekrönt werden.

Bisher sind wir in der Hauptsache die Gebenden

und die den guten Willen zu dauerndem Frieden und zu europäischer Neuordnung Bekundenden gewesen. Deutschland hat jetzt einen hohen Anspruch auf Gegenleistung. Völkerbundseintritt, Locarnoverträge und Dawesabkommen verkörpern, als Ganzes gewürdigt, die Voraussetzungen, unter denen nach Artikel 431 des Versailler Diktates ein Rechtsanspruch auf vorzeitige Räumung des besetzten Gebietes gegeben ist. Die deutsche Außenpolitik hat deswegen klare und von niemandem bestreitbare Ziele vor sich:

Mit der vom Völkerbund garantierten Hoheitsstellung seiner Mitgliedsstaaten vertragen sich die Funktionen der interalliierten Kontrollkommission ebenso wenig, wie die fernere Besetzung deutschen Landes mit der Unverletzlichkeit des Gebietes der Völkerbundsstaaten. Für die interalliierte Kontrollkommission und für fremde Besatzung ist in einem Deutschland, das mit seinen Feinden von gestern nunmehr in ein und demselben Bunde zusammengeschlossen ist, kein Raum mehr. Ausgleich und Verständigung würden unvollkommen sein, wenn nicht auch an der Saar politisch und wirtschaftlich normale Zustände erreicht werden können, und wenn Deutschland nicht bei der ersten sich bietenden Gelegenheit in den Kreis der Mächte zugelassen würde, die an der

kolonialen Erschließung der Welt

beteiligt sind.

Wenn über die politische Verständigung mit Frankreich hinaus noch eine wirtschaftliche Entente erreichbar ist, so würde das mit Freuden zu begrüßen sein und unter diesem Gesichtspunkt sei auch der deutsche finanziellen Entgegenkommens hinsichtlich der dem Treuhänder für die Reparationen übergebenen Eisenbahnobligationen erörterungsfähig. Mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist die erste Etappe der Befreiungspolitik erreicht, das Endziel ist die dauernde Befriedung Europas; ohne völlige Bereinigung der im Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland vorhandenen Ueberreste einer auf Gewalt eingestellten Politik ist dieses Ziel nicht zu erreichen.

Die außenpolitische Rehabilitierung Deutschlands wird auch die

Wiedereinordnung Deutschlands in den Organismus der Weltwirtschaft

wirtschaftlich beeinflussen. Auf dem Gebiete der Handelsverträge und der Wirtschaftsabkommen sind nicht unwesentliche Fortschritte zu verzeichnen, wenn schon viele Abmachungen zum Teil provisorischen Charakter tragen. Die Erkenntnis ist auf dem Marsch, daß Deutschland nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich in einem geordneten europäischen Wirtschaftsleben nicht zu entbehren ist. Die innerwirtschaftliche Entwicklung bereitet nach wie vor ernste Sorgen. Anzeichen der Besse-

9/38 4 Zyl. STOEWER verkörpert deutsche Qualität von bekannt außergewöhnlicher Leistung die von keinem Ausländer erreicht wird. In den Bergen und auf der Ebene der sicherste, treueste, nie versagende Begleiter. Filiale: Berlin, Unter d. Linden 75-76

13/55 6 Zyl. STOEWER hat alle modernen Errungenschaften. Perrot-Vierradbremse, breite moderne Karosserieform, Allwetterverdeck. Sechs Drahtseilballonreifen. Stahlräder. Benzinuhr. Tachometer, 8-Tage-Uhr. Filiale: Berlin, Unter d. Linden 75-76

Lieferwagen STOEWER